

Zusammenhänge hiermit steht die neuerdings aufgetauchte und auch im jenseitigen Berichte besonders hervorgehobene Frage in Betreff der Regelung des Oberbefehls über das deutsche Bundesheer. Diese Frage ist unstrittig eine sehr schwierige und häßliche wegen der Consequenzen und Hintergedanken, die sich daran knüpfen oder doch daran knüpfen können. Auch hängt die Entscheidung derselben unter allen Umständen von der Verschiedenheit der Fälle und dem jedesmaligen Kriegsschauplatz ab. Gleichwohl mußte es die Deputation als wünschenswerth betrachten, daß die hier im Gefolge dieser Frage entstandenen Differenzen geschlichtet und daß ein Ausweg gefunden werde, welcher die Entscheidung nicht erst von wochen-, ja, monatlangen Verhandlungen abhängig macht. Der dritte Punkt, welchen die Deputation besonders hervorheben zu müssen glaubte, ist die Errichtung eines unabhängigen Bundesschiedsgerichts. Ich komme nicht zurück auf die Gründe, welche diese Institution nicht allein als sehr wünschenswerth, sondern geradezu als für die Gewähr der Verfassungen der Einzelstaaten und besonders für den Schutz der Rechte der Einzelnen in gewissen Fällen als höchst nothwendig, ja unentbehrlich erscheinen lassen. Diese Gründe sind bereits in dieser Kammer bei Gelegenheit der kurhessischen Verfassungsfrage geltend gemacht worden und es ist nur zu bedauern, daß die öffentliche Meinung in Deutschland und die Presse in dieser Beziehung sich bisher so lau gezeigt hat. Umsomehr glaubte aber die Deputation auf diesen Theil ihres Antrages Gewicht legen zu müssen. Dem Vernehmen nach, meine Herren, scheint auf einigen Seiten die Ansicht obzuwalten, als ob die Deputation durch Substituierung eines anderen Schlußantrages die Beschlüsse der Zweiten Kammer abzuschwächen gesucht hätte. Ich hoffe, Sie jedoch überzeugt zu haben, daß dies weder die Absicht der Deputation gewesen ist, noch daß dies auch der Erfolg einer Annahme unseres Schlußantrages sein kann. Wer mit einem aufmerksamen Auge die deutschen Zustände beobachtet, der kann sich unmöglich verbergen, daß eine tiefe Verstimmung, ein ernstes und großes Mißbehagen der Bevölkerung Deutschlands und zwar nicht bloß in den mittleren und kleineren Staaten sich bemächtigt hat und daß die Quelle dieser Unzufriedenheit wesentlich in der Wahrnehmung zu suchen ist, daß wir Deutschen trotz der glorreichen Vergangenheit, trotz der überlegenen geistigen Culturentwicklung, trotz der dichten Bevölkerung nicht im Stande sind, in den allgemeinen politischen Angelegenheiten den gebührenden Einfluß auszuüben; ja, wir wollen es offen gestehen, daß dem deutschen Namen selbst die gebührende Achtung im Auslande versagt wird. Vermehrt wird diese Unzufriedenheit durch die weitere Wahrnehmung, daß von dem gemeinschaftlichen Organen, von dem Bundestage selbst in inneren Angelegenheiten eine lebendige, gemeinnützige Thätigkeit nicht entfaltet wird, daß es demselben selten und nur erst nach jahre-

langen mühsamen Verhandlungen gelingt, die eine oder die andere, zum Theil minder wichtige gemeinsame Schöpfung zu Tage zu fördern. Es ist daher leicht begreiflich, daß immer wieder das Verlangen hervortritt nach Schaffung einer Centralgewalt, welche mit souveräner Machtvollkommenheit ein actives Auftreten der zu politischer Einheit verbundenen deutschen Staaten nach Außen zu vermitteln und die Gesamtmacht Deutschlands zur Geltung zu bringen geeignet sei. Es ist ebenso natürlich, daß man der Centralgewalt eine Vertretung des deutschen Volkes zur Seite zu stellen wünscht, welche nicht allein ein bloß moralisches Gewicht bei der gemeinschaftlichen Gesetzgebung in die Waagschale zu legen im Stande wäre, sondern auch als Ferment dienen könnte, um die Centralgewalt zu einer energischen Thätigkeit anzuspornen und etwa hier und da auftauchenden partikularistischen Gesinnungen oder allzustarren Souveränitätsgelüsten entgegenzutreten. Es dürfte wohl kaum ein Mitglied in dieser Kammer sein, welches diese Wünsche nicht in einem größeren oder geringeren Maße theilte. Allein, meine Herren, dies überhebt uns nicht der Nothwendigkeit, zu untersuchen, ob und wie diese Wünsche gegenwärtig zu realisiren sind und das Ergebniß einer solchen Untersuchung ist leider ein trauriges. Will Deutschland groß sein, will es seinen früher gehaltenen Einfluß wieder gewinnen, will es dem Auslande Achtung einflößen, so muß zuvor aller Parteihader schweigen; es müssen die kleinlichen Stammeseifersüchteleien ruhen, es müssen weder Fürsten noch Völker sich scheuen, ihre Sonderinteressen dem Gemeinwohl und den Gesamtinteressen des deutschen Vaterlandes zum Opfer zu bringen. So lange dies aber nicht der Fall ist, so lange nicht die deutsche Nation durch Bervielfältigung und Belebung gemeinsamer Institutionen enger zusammengewachsen und zum lebendigen Bewußtsein der Zusammengehörigkeit gelangt ist, so lange, meine Herren, werden alle Bemühungen vergeblich sein, um durch andere Formen, durch eine andere Gestaltung der Centralgewalt, sei es mit oder ohne Volksvertretung, die Einigung herbeizuführen. Erst muß der Geist da sein, dann wird sich die Form auch finden. Die Anhänger des Nationalvereins freilich wännen, die Einigung Deutschlands auf anderem Wege erreichen zu können. Sie wollen Oesterreich von Deutschland abtrennen und die übrigen minder mächtigen Fürsten und Stämme Deutschlands der preussischen Oberherrschaft unterwerfen, ohne zu bedenken, daß die Bevölkerung dieser Länder in ihrer Gesamtheit derjenigen Preußens gleich ist; ohne zu bedenken, daß in dem, was Deutschlands eigenthümliche Größe und Reichthum bildet, in der Vielseitigkeit und Höhe geistiger Culturentwicklung, die Bevölkerung dieser Länder derjenigen Preußens mindestens ebenbürtig zur Seite, wenn nicht in mancher Beziehung sogar höher steht. Meine Herren! Wenn man sich auch vielleicht mit einer preussischen